

Simonis, Udo E.

Working Paper — Digitized Version

Indikatoren qualitativen Wachstums

WZB Discussion Paper, No. IIUG pre 81-21

Provided in Cooperation with:

WZB Berlin Social Science Center

Suggested Citation: Simonis, Udo E. (1981) : Indikatoren qualitativen Wachstums, WZB Discussion Paper, No. IIUG pre 81-21, Wissenschaftszentrum Berlin (WZB), Berlin

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/82986>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

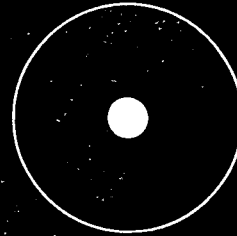
Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Wissenschaftszentrum



Berlin

IIUG/ 81 - 21

INDIKATOREN QUALITATIVEN WACHSTUMS

von

Udo Ernst Simonis

Internationales
Institut
für
Umwelt
und
Gesellschaft

International
Institute
for Environment
and
Society

IIUG preprints

- 0. JAN. 1982 Weltwirtschaft
Kiel

145 11.333 (70)

INHALTSVERZEICHNIS

I. KRITIK DES TRADITIONELLEN QUANTITATIVEN WACHSTUMSZIELS	1
II. ALTERNATIVE ZIEL-INDIKATOREN	4
A. VERBESSERUNG DER TRADITIONELLEN ÖKONOMISCHEN INDIKATOREN	
1. "INTEGRATIONSGRAD"	5
2. "BRUTTOSOZIALPRODUKT I UND II"	6
3. "WACHSTUMS- UND VERTEILUNGSINDEX"	7
B. REVISION DER TRADITIONELLEN ÖKONOMISCHEN INDIKATOREN	
1. "UMWELT-KONTO"	9
2. "NETTOWOHLFAHRTS-INDEX"	11
3. "EINKOMMENS- UND BESTANDS-KONTEN"	12
C. ERGÄNZUNG BZW. ERSATZ DER TRADITIONELLEN ÖKONOMISCHEN INDIKATOREN	13
1. "INDEX DER PHYSISCHEN LEBENSQUALITÄT"	14
2. "INDEX DES LEBENSNIVEAUS"	15
3. "INDIKATOREN DER LEBENSQUALITÄT"	16
III. AUSBLICK	18
AUSGEWÄHLTE LITERATUR ZUM THEMA	20

"The days of the GNP are over.
Not completely, of course..."

John Kenneth Galbraith

I. KRITIK DES TRADITIONELLEN QUANTITATIVEN WACHSTUMSZIELS

In Theorie und Praxis der Wirtschaftspolitik wird die Wohlfahrt der Bevölkerung als umfassendes ökonomisches Ziel mit dem Bruttosozialprodukt (BSP) entweder gleichgesetzt, oder es wird eine Parallelentwicklung von Bruttosozialprodukt und Wohlfahrt unterstellt. Dementsprechend lautet eine zentrale theoretische Argumentationskette und wirtschaftliche Handlungsanweisung: Ein vermehrter Einsatz der Produktionsfaktoren (Arbeit, Kapital, Natur, technischer Fortschritt) führt zur Zunahme des Bruttosozialprodukts ("Wirtschaftswachstum"); dies ist die Voraussetzung für die bzw. heißt Steigerung der Wohlfahrt der Bevölkerung. Die Bedeutung des traditionellen quantitativen Wachstumsziels (BSP) als politische Zielkategorie ist außerordentlich umfassend: Nicht nur die allgemeine Wirtschaftspolitik, auch die regionale und sektorale Strukturpolitik, die Energie- und Verkehrspolitik - und gelegentlich selbst die Umweltpolitik - sind auf sie ausgerichtet. Die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung (VGR) und das mit ihr ermittelte BSP beruhen jedoch auf gewissen, zum Teil äußerst restriktiven Annahmen. Eine erste, allgemeine Kritik am BSP als dem gebräuchlichen Wohlfahrtsmaß geht daher dahin, die oben genannte zentrale Gedankenkette - "Wirtschaftswachstum gleich Zunahme der Wohlfahrt der Bevölkerung" - zunächst einmal grundsätzlich zu bestreiten: Beispielsweise mit dem Argument, daß man sich sehr wohl eine Zunahme der Wohlfahrt der Bevölkerung ohne Wirtschaftswachstum aber durch bessere Verteilung des Vorhandenen (des Einkommens und des Vermögens) vorstellen kann, oder mit dem Argument, daß ein (eventuell ständig zunehmender) Teil der im BSP erfaßten Produktion lediglich eine Reaktion auf die von der Wirtschaft selbst erzeugten Problemlagen ist ("staatlich-industrielles Reparaturwe-

sen" - Martin Jänicke).

Eine speziellere Kritik besagt, daß ein mit herkömmlichen Methoden ermitteltes Wirtschaftswachstum (Zunahme des BSP) nicht qualitatives Wachstum sein kann, weil das volkswirtschaftliche Rechnungswesen unvollständig ist und auch fehlerhafte Bewertungen beinhaltet.

Diese Kritik weist zunächst auf alle jene menschlichen Aktivitäten hin, die nicht über den Markt abgewickelt werden (bzw. für die kein Markt existiert) und die deshalb nicht (oder nur ansatzweise) in das BSP eingehen. In Stichworten: Eigenleistungen der Haushalte; Nachbarschaftshilfe; die nicht behandelten Sozialkosten der Produktion und des Konsums; die öffentlichen Güter; die Freizeit usw. Selbst wenn man das BSP durch Ausschalten von Preisänderungen (Inflation) bereinigt und Bevölkerungszu- oder -abnahme berücksichtigt, um die "reale" wirtschaftliche Entwicklung zu ermitteln, kommt man an diese qualitativen Probleme des BSP nicht heran, welches eben nur (mit gewissen Ausnahmen) die marktmäßig gehandelten Güter und Dienste erfaßt und mit ihrem Marktpreis bewertet.

Das BSP, die zentrale Zielkategorie unserer Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, ist so definiert, daß es, ceteris paribus, mit zunehmender Freizeit und Eigenarbeit, mehr Nachbarschaftshilfe, sparsamerem Energieverbrauch, Pflege des Wohnungsbestandes, Erhaltung der natürlichen Umwelt usw. sinkt - und umgekehrt: mit zusätzlichen Wegekosten, wachsenden Werbeausgaben, häufigeren Verkehrsunfällen, zunehmendem spezifischen Rohstoffverbrauch, wachsenden Umweltsanierungsausgaben usw. steigt. Das BSP verhält sich in Bezug auf diese (und andere) Beispiele also umgekehrt dazu, wie man es von einem Wohlfahrtsmaß erwarten sollte. Die Orientierung der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik am Wachstum des BSP wird daher einer qualitativen Zielsetzung nicht gerecht.

Die wissenschaftlich-methodische Kritik weist außerdem hin auf das besondere Problem des Auseinanderfallens von Tauschwert und Gebrauchswert; die VGR mißt den Tauschwert, nicht den Gebrauchswert von Gütern. Die Marktpreise geben lediglich Auskunft über marktwirksame Angebote und Nachfragen, sie geben keine Auskunft über die Intensität der Bedürfnisse, die zu marktwirtschaftlicher Nachfrage geworden oder nicht geworden sind. Marktpreise sind also Ausdruck von relativer Kaufkraft (von Tauschwerten) und nicht von Bedürfnissen, Bedürfnisintensitäten und Graden der Bedürfnisbefriedigung (von Gebrauchswerten). Anders ausgedrückt: Das wirtschaftliche Rechnungswesen herkömmlicher Art, mit dem Wirtschaftswachstum ermittelt und bestimmt wird, kann keine Unterscheidung zwischen guten und weniger guten (schlechten) Ausgaben machen. Es folgt der Devise, daß der gesellschaftliche Wert eines am Markt gehandelten Gutes in dem dafür bezahlten Preis liegt. Die Konsum- und Investitionsausgaben, egal von wem, egal wofür getätigt, werden registriert; die Produktion aller gehandelten Waren, die Verausgabung des Einkommens für Konsum- und Investitionszwecke jeglicher Art - all dies geht positiv in das BSP ein.

Nimmt man die oben genannten Argumente ernst, so dürfte klar sein, daß der ökonomische Indikator BSP, der aus der traditionellen VGR abgeleitet ist, allein genommen keine ausreichende Basis für die Bestimmung und Gewinnung qualitativer sozioökonomischer Ziele sein kann. Emil Küng sagt in diesem Zusammenhang: "Die Rezepte der Wirtschaftstheorie in Bezug auf die Qualität des Lebens sind außerordentlich dürftig. Reichtum als Glücksgarantie - so könnte man abgekürzt die herrschende Auffassung umreißen. Materieller Wohlstand als Synonym für die subjektive menschliche Wohlfahrt - so ließe sich die gedankliche Grundlage für den Großteil der wirtschaftlichen Tätigkeit und der wirtschaftspolitischen Maßnahmen charakterisieren."

Obwohl über die strukturellen Mängel des BSP als Wohlfahrtsmaß schon früh und seit einiger Zeit sogar recht intensiv in Teilen der Wirtschaftswissenschaft diskutiert worden ist, hat die politische Praxis hieraus bisher keine erkennbaren Konsequenzen gezogen. Die Wirtschaftspolitik ist nach wie vor vom bisherigen, qualitativ unzureichenden Konzept bestimmt und auf dieses hin ausgerichtet. Es wäre ein Zufall, wenn die Orientierung auf ein qualitativ unzureichendes Konzept nicht auch zu unzureichenden praktischen Ergebnissen führen würde.

II. ALTERNATIVE ZIEL-INDIKATOREN

Die Kritik an den konzeptionellen Grundlagen und Methoden zur Bestimmung des quantitativen Wirtschaftswachstums hat eine Abwertung dieses traditionellen ökonomischen Indikators zur Folge. Angesichts der Komplexität menschlicher Bedürfnisse und Interessen erscheint jeder ausschließlich monetäre (geldliche) und eindimensionale Maßstab als Zielkategorie der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik problematisch. In diesem Sinne soll der Begriff "Qualitatives Wachstum" einerseits die Notwendigkeit der Qualifizierung des bisherigen Wachstumsziels umschreiben, andererseits die der Vielfalt der menschlichen Bedürfnisse und Interessen entsprechende Mehr-Dimensionalität der sozioökonomischen Entwicklung zum Ausdruck bringen.

Es gibt inzwischen eine Reihe interessanter, methodisch unterschiedlicher Ansätze zur "Qualifizierung des Wachstumsziels" (bzw. zur Annäherung an die Frage, wie man "Lebensqualität" gesellschaftlich bestimmen könnte). Im folgenden sollen drei Ansatzebenen (Verbesserung, Revision, Ersatz der traditionellen ökonomischen Indikatoren) mit jeweils einigen Anwendungsbeispielen vorgestellt wer-

den; Anspruch auf Vollständigkeit wird also nicht erhoben, der Hinweis auf die vertiefende Literatur zum Thema ist geboten.

A. VERBESSERUNG DER TRADITIONELLEN ÖKONOMISCHEN INDIKATOREN

1. "INTEGRATIONSGRAD"

In verschiedenen, auf Reimut Jochimsen zurückgehenden Arbeiten wird angeregt, die "Entwicklung der Wirtschaft" durch mindestens zwei Faktoren zu bestimmen:

- das "Niveau der Wirtschaftstätigkeit" (gemessen am herkömmlich ermittelten BSP insgesamt bzw. pro Kopf der Bevölkerung)
- und
- den "Integrationsgrad" (gemessen an den Abweichungen der Entgelte der Produktionsfaktoren, vor allem den Lohndifferenzen).

Die entsprechende Argumentation lautet: Niveau und Integrationsgrad der Wirtschaftstätigkeit müssen sich nicht in gleicher Richtung bewegen; es ist möglich, daß das Niveau steigt (fällt), der Integrationsgrad aber sinkt (steigt). Was aber ist dann mit der "Entwicklung"?

Hierzu ein Beispiel:

- das "Niveau der Wirtschaftstätigkeit" (BSP) steigt während eines Jahres um 5% (auf einer Skala von 100 auf 105);
- der "Integrationsgrad" (IG) sinkt während dieser Zeit um 5% (von 100 auf 95).

Hat in diesem Land (in dieser Region, in dieser Stadt) eine "Entwicklung der Wirtschaft" stattgefunden? Nach der herkömmlichen Methode (BSP) ist die Antwort klar und positiv. Nach der neuen Methode (BSP und IG) wird die

Beantwortung der Frage, ob "Entwicklung" vorliegt oder nicht, abhängig von dem jeweiligen Gewicht, das man den beiden Faktoren gibt. "Entwicklung der Wirtschaft" kann also vorliegen, auch wenn das traditionell ermittelte BSP (quantitatives Wachstum) nicht zugenommen hat.

Das Potential dieser methodischen Vorgehensweise geht über das hier Gesagte hinaus, wenn es daneben und darüber hinaus zum Beispiel gelänge, dem ökonomischen Indikator BSP einen vergleichbaren ökologischen Indikator (Umweltindikator) zur Seite zu stellen.

2. "BRUTTOSOZIALPRODUKT I UND II"

Einen anderen, das BSP-Konzept verwendenden und zugleich qualifizierenden Vorschlag macht E.G.Dolan. Er unterteilt das herkömmlich ermittelte Bruttosozialprodukt in zwei Komponenten:

- BSP I = der Teil des BSP, der mit erneuerungsfähigen Ressourcen erzeugt wird und zu wiederverwendbaren Abfällen führt;
- BSP II = der Teil des BSP, der auf der Erschöpfung nicht ersetzbarer Ressourcen beruht und zur Ansammlung nicht abbaufähiger Abfälle führt.

Die aus dieser Unterteilung folgende wirtschaftspolitische Entscheidungsregel lautet: Maximiere BSP I, minimiere BSP II.

Dieser Vorschlag der Qualifizierung des traditionellen BSP-Wachstumsziels enthält allerdings eine Reihe von Meß- (und auch Steuerungs-)problemen, für die das derzeitige statistische Informationssystem noch keine hinreichend praktikablen Handhaben liefert.

Andere Vorschläge zur Bestimmung "Qualitativen Wachstums"

nehmen den Grundgedanken von E.G.Dolan wieder auf und spezifizieren ihn zugleich. Forderungen wie:

- "radikale Herabsetzung der Wachstumsrate des Verbrauchs an nicht-regenerierbaren Ressourcen;"
- "Entkoppelung vom Sozialprodukt-Wachstum und Zunahme des Energie- und Rohstoffverbrauchs";
- "konsequente Implementation des nachträglichen Umweltschutzes (Aufbau der Umweltschutzindustrie)" usw.

sind eine Variation der genannten Entscheidungsregel: Minimiere BSP II.

Auch der Vorschlag des NAWU-Reports, zur Neuformulierung der Wirtschaftspolitik sorgfältig zwischen "Rationalisierungsinvestitionen I" (Erhöhung der Arbeitsproduktivität, Substitution von Arbeit durch Kapital) einerseits und "Rationalisierungsinvestitionen II" (Reduzierung des spezifischen Energie- und Rohstoffeinsatzes bei Produktion und Produktionsprozessen; Substitution von materieller durch geistige Energie) andererseits zu unterscheiden und eine Umstellung von ersteren auf letztere anzustreben, folgt dem obigen Grundgedanken.

3. "WACHSTUMS- UND VERTEILUNGSINDEX"

Hollis B. Chenery u.a. haben für Planungszwecke einen Index entwickelt, der mehrere Ziele - ein Wachstums- und Verteilungsziel - gleichzeitig umfaßt, und zwar in Form eines "Equal-Weights-Index" (EWI) bzw. eines "Poverty-Weights-Index" (PWI).

Das herkömmliche BSP ist der Fall eines Index, bei dem als Gewicht für die Zunahme des Einkommens einer jeden Einkommensgruppe (z.B. eines Fünftels der Bevölkerung) einfach der jeweilige Anteil dieser Gruppe (dieses Fünftels) am Gesamteinkommen (BSP) unterstellt ist. Führt man

sich die tatsächliche Einkommensverteilung vor Augen (Verhältnis von oberem zu unterem Fünftel in Entwicklungsländern etwa 11:1, in westlichen Industrieländern etwa 6:1), so wird hier die Problematik des traditionellen BSP-Konzepts erneut und in anderer Weise deutlich: die Wachstumsrate des BSP reflektiert weit stärker die Einkommenssteigerung der oberen Einkommensgruppen als die der unteren. (In Entwicklungsländern: auf die oberen zwei Fünftel entfallen ca. 75%, auf die übrigen drei Fünftel - die Mehrheit - der Bevölkerung entfallen nur ca. 25% des BSP. In den Industrieländern, bei uns: je größer der Anteil der Schüler und Auszubildenden, der Arbeitslosen und der Alten an der Gesamtbevölkerung wird, umso weniger spiegelt ein Wachstum des BSP die tatsächliche wirtschaftliche Situation der Bevölkerungsgruppen).

Ein gegenüber dem BSP alternatives "Wohlfahrtsmaß" könnte dadurch entstehen, daß man die Gewichte im Rahmen eines Wachstums- und Verteilungs-Index (EWI) z.B. proportional verteilt, also gleiches Gewicht für jedes Fünftel gibt. (Ausgehend von der Realität - Verhältnis des oberen zum unteren Fünftel der Einkommensskala in Entwicklungsländern 11:1, in Industrieländern 6:1 - hieße dies, einer Einkommenssteigerung im unteren Fünftel eine elf- (sechsfach) größere Bedeutung beizumessen). Ersetzt man die relativ abstrakten Einkommens-Fünftel durch konkrete soziale Gruppen - z.B. Kleinbauern, städtische Arme, Arbeiter -, so wird das große wirtschaftspolitische Potential dieses methodischen Ansatzes deutlich(er).

Wäre man aber angesichts der tatsächlichen Verteilungssituation der Meinung, daß es nicht mehr darauf ankäme, das Einkommen der oberen sondern vielmehr das der unteren Einkommensschichten zu steigern (erinnert sei an die Vorschläge zur Konzentration der Entwicklungshilfe auf die ärmsten Entwicklungsländer, erinnert sei auch an die Vor-

schläge zur Fixierung von Höchstehkommen im öffentlichen Dienst bzw. zur Anhebung des Grenzsteuersatzes für Bezieher von Höchstehkommen), so käme damit der PWI ins Spiel.

Die praktische Bedeutung des PWI könnte darin liegen, daß er den realen wirtschaftlichen Bedingungen und Notwendigkeiten der Zukunft weit besser entspricht als das verteilungsmäßig undifferenzierte methodische Gerüst, auf dem Entwicklungsplanung (Wirtschaftspolitik) heute immer noch beruht. Beide Vorschläge - EWI und PWI - zur Qualifizierung des traditionellen Wachstumsziels (BSP) dürften besonders bedeutsam sein, wenn man bedenkt, daß der unserer Wirtschaft immanente Wachstumszwang nicht zuletzt aus der vorhandenen Ungleichheit der Verteilung des Einkommens entsteht.

B. REVISION DER TRADITIONELLEN ÖKONOMISCHEN INDIKATOREN

Was die Studien und Vorschläge zur Revision der traditionellen ökonomischen Indikatoren angeht, so haben einige zu erheblichen Verschiebungen der Erfolgsmessung geführt; andere hätten - würden sie durchgeführt - erhebliche Verschiebungen zur Folge.

1. "UMWELT-KONTO"

Die Erfassungen von "Leistungen und Belastungen der Natur" durch das herkömmliche volkswirtschaftliche Rechnungswesen ist angesichts der inzwischen entstandenen tatsächlichen Umweltprobleme völlig unzureichend. Zwar werden eine Reihe von Vorleistungen der Natur zum Wirtschaftsprozeß und auch Ausgaben zur Sanierung der Umwelt erfaßt. (Die Produktion von Luftfiltern, Kläranlagen usw. geht auf die gleiche Weise in die VGR ein wie die Herstellung von Brot; die Förderung von Öl, der Abbau von Erzen, die Er-

schließung von Erholungsgebieten usw. werden zu Marktpreisen berücksichtigt, auch wenn diese deren absolute Knappheit nicht oder nur unzureichend berücksichtigen). Die Inkonsequenz besteht aber darin, daß ein der natürlichen Umwelt zugefügter Schaden erst dann in der VGR erscheint, wenn er behoben wird (wie immer diese Behebung aussehen mag). Eine Abnutzung oder Beeinträchtigung des produzierten "Realkapitals" wird sofort und im Normalfall als Abschreibung erfaßt. Was dagegen nicht erscheint, ist die Beeinträchtigung, der Verzehr der natürlichen Umwelt.

Es liegt nahe, diese Beeinträchtigung der Umwelt, des "natürlichen Kapitals", wenigstens buchmäßig festzuhalten - wenn man sie denn schon nicht unterlassen hat. Ein Konto "Umwelt" ließe sich in der Logik der VGR dann z.B. nach den folgenden Regeln einrichten:

- Ausgliederung der Aktivitäten zur Behebung von Umweltschäden bzw. zur Verbesserung der Umweltbedingungen aus den Konten "Unternehmungen", "private Haushalte", "Staat" und Einbeziehung in das Konto "Umwelt" (wobei die "Verbesserung der Umwelt" als Endprodukt betrachtet würde).
- Einführung eines zusätzlichen unterstellten "Kapitalverzehrs" zur Erfassung der unbehandelten Beeinträchtigungen der natürlichen Umwelt.

Die Realitätsnähe von Vorschlägen zur Revision herkömmlicher Vorgehensweisen wird oft danach beurteilt, ob die erforderlichen Informationen verfügbar sind oder nicht. Ein Datenproblem im Sinne ungenügenden Wissens stellt sich hier sicherlich. Doch wie soll man sagen können, wie "teuer" uns die Schädigung der Umwelt durch wirtschaftliche Tätigkeit kommt, wenn man der Aufgabe der Gewinnung neuer Information ausweicht.

2. "NETTOWOHLFAHRTS-INDEX"

Ein unkonventioneller Ansatz zur Gewinnung neuen Wissens findet sich in den Arbeiten von William Nordhaus und James Tobin zur Ermittlung der "Measure of Economic Welfare" (MEW) und deren Fortführung durch eine japanische Forschergruppe - "Net National Welfare" (NNW). Beides sind methodische Ansätze, die einige der oben genannten Unstimmigkeiten zwischen der Entwicklung des BSP-Indikators und der tatsächlichen wirtschaftlichen Wohlfahrt der Bevölkerung beseitigen wollen.

Beim NNW wird die herkömmliche VGR zunächst durch monetär bewertete "wohlfahrtspositive" Aspekte des Lebens ergänzt: Addition von Größen für zunehmende Freizeit und nicht-marktgängige Tätigkeiten (produktive Tätigkeiten im privaten Haushalt); Schätzung der jährlichen Leistungsgrößen bei der Infrastruktur und den langfristigen Konsumgütern (d.h. indirekt: Belohnung und nicht Bestrafung der Langlebigkeit von öffentlichen Infrastruktureinrichtungen und privaten Konsumgütern). Sodann wird die herkömmliche VGR aber um bestimmte "wohlfahrtsnegative" Aspekte bereinigt: Subtraktion von Ausgaben zur Erhaltung und Wiederherstellung der Umwelt; Schätzung der nicht behandelten Netto-Umweltschäden; Kosten der zunehmenden Verstädterung (z.B. Wegekosten, Fahrzeit zwischen Wohn- und Arbeitsplatz).

Das Ergebnis dieser Neuberechnung des tatsächlichen wirtschaftlichen Erfolges fällt (am Beispiel Japans) drastisch aus: Die Wohlfahrt (NNW) der Bevölkerung hat im Untersuchungszeitraum weit weniger rasch zugenommen als das Bruttosozialprodukt (BSP) - ein Ergebnis, das sich sicherlich auch für die europäischen Industrieländer einstellen würde. (Für die Bundesrepublik liegen bisher noch keine entsprechenden Berechnungen vor).

Die Grenzen dieses neuen methodischen Ansatzes sind nicht

zu übersehen: Die Gleichsetzung von Wohlfahrt mit Marktwerten wird problematisiert (nach-gerechnet), aber nicht grundsätzlich aufgegeben. Auch legt dieser Ansatz die Annahme nahe, als gelte es, den NNW zu maximieren, als sei ein (gefilterter) Indexpunkt so wichtig zu erachten wie jeder andere; Wachstumsgrenzen werden auch in diesen Indikator nicht explizit aufgenommen. Die Möglichkeiten dieses Ansatzes sind jedoch bis heute bei weitem nicht ausgelotet. Die ökonomische Profession hat den hierzu notwendigen Beitrag noch nicht geleistet; sie ist noch zu sehr auf die alten Konzepte fixiert. Mehr empirische Arbeit auf dem Gebiet eines erweiterten - aus dem BSP abgeleiteten - Index qualitativen Wachstums erscheint dringend geboten.

3. "EINKOMMENS- UND BESTANDS-KONTEN"

Ausgreifend im Anspruch, aber bisher nicht empirisch untermauert, sind Vorschläge zu einem umfassenden sozioökonomischen Rechnungswesen, das Einkommens- und Bestandsgrößen (stärker) miteinander verbindet. F. Thomas Juster sieht die größte Schwäche der herkömmlichen VGR in der Behandlung der Kapitalbildung, indem nur reproduzierbare materielle Vermögensteile als "Kapital" im eigentlichen Sinne betrachtet werden. Weil die Einkommen bzw. der Output einer Volkswirtschaft (einer Region, einer Stadt) jedoch aus einem weit vielfältigeren "Vermögen" entstehen, sollte das herkömmliche Kontensystem einer VGR (die Strömungsgrößen) ergänzt werden durch ein System von Vermögenskonten (die Bestandsgrößen), das man wie folgt gliedern könnte:

- "reproduzierbares materielles und immaterielles Vermögen" (nicht personengebundene Fähigkeiten und Kenntnisse);
- "Humanvermögen" (personengebundene nutzbare Fähigkeiten und Kenntnisse);

- "soziopolitisches Vermögen" (persönliche und nationale Sicherheit, Autonomie, Freiheit, Gleichheit);
- "Naturvermögen" (natürlicher Ressourcenbestand).

Als Fazit läßt sich festhalten: Die genannten Versuche zur Erweiterung bzw. Revision der herkömmlichen ökonomischen Indikatoren würden, konsequent angewendet, zu erheblichen Veränderungen der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik führen bzw. entsprechende Veränderungen fördern und notwendig machen. Es gilt aber zu beachten, daß die methodischen Ansätze dieses Typs darauf beruhen, alle (aktuellen oder unterstellten) wirtschaftlichen Aktivitäten durch monetäre Bewertung auszuweisen. Die Dominanz der Ökonomie (der Triumph der Ökonomen?) bleibt gewahrt. Anders ist dies bei den im Folgenden betrachteten methodischen Ansätzen zur Qualifizierung der wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Ziele.

C. ERGÄNZUNG BZW. ERSATZ DER TRADITIONELLEN ÖKONOMISCHEN INDIKATOREN

Nach Meinung vieler Sozialwissenschaftler bleiben die oben betrachteten Revisionsversuche einen Schritt zu früh stehen. Insbesondere wird die Vernachlässigung qualitativer Aspekte in den ökonomischen Konzepten kritisiert. Johan Galtung faßt seine Kritik an der Ökonomie und deren Sicht des Menschen und der Gesellschaft in einem Satz wie folgt zusammen: "Die Entwicklung der Gesellschaft wurde eingeschränkt auf die Ebene des wirtschaftlichen Wachstums; die Bedürfnisse sind reduziert auf das materielle ökonomische Bedürfnis nach steigendem Einkommen". Ein Ausweg aus dieser Enge und eine methodische Alternative wird daher in der Bestimmung von Sozialindikatoren bzw. nicht-monetären Entwicklungsindikatoren gesehen. Aus der Fülle entsprechender Vorschläge sollen auch hier wiederum drei exemplarisch skizziert werden.

1. "INDEX DER PHYSISCHEN LEBENSQUALITÄT"

Einen entwicklungspolitisch orientierten Ansatz verfolgt Morris D. Morris mit dem Physical Quality of Life Index (PQLI). Ein Maß für Entwicklung, das auch den internationalen Vergleich erlaubt, muß mehreren Kriterien genügen: Es sollte nicht nur einen Entwicklungspfad zulassen, Ethnozentrismus vermeiden, Output und nicht Input messen; es sollte einfach zu konstruieren und zu verstehen sein. ("Ein Indikator, den jemand mit fünf Jahren Schulbildung nicht binnen fünf Minuten versteht, ist kein Indikator, sondern ein Herrschaftsinstrument" - Johan Galtung). Diese Kriterien sind für Morris bei drei sozialen Indikatoren erfüllt: "Lebenserwartung", "Kindersterblichkeit", "Fähigkeit zu Lesen und zu Schreiben". Die beiden ersten spiegeln die Summe der Effekte von Ernährung, Gesundheit, Einkommen und Umweltbedingungen wider, der letztere signalisiert in gewisser Weise das Ausmaß, zu dem man an der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung teilhaben kann.

Beim PQLI-Ansatz wird ein einziger Gesamtindex gebildet; man folgt insofern der Faszination, die dem BSP als einzigem aggregierten Maß des Wirtschaftswachstums beige-messen wird, auf andere Weise. Für jeden der drei genannten Einzelindikatoren wird zunächst der jeweilige Erfüllungsgrad (nach Ländern, Regionen oder Gesellschaftsgruppen) auf einer Skala von 0 bis 100 aufgetragen, wobei "0" den niedrigsten und "100" den höchsten Wert darstellt; auf dieser Basis wird dann ein Gesamtindex gebildet, der aus dem einfachen arithmetischen Mittel der drei (gleichgewichteten) Einzelindizes besteht. Aufgrund der Festlegung einer unteren und oberen Grenze bei den verwendeten drei Einzelindikatoren mißt der PQLI nur den Standort innerhalb eines Spektrums - im Gegensatz zum BSP-Index, der nach oben hin offen ist und die Möglichkeit ständigen Wachstums vortäuscht. Anders als der Indikator BSP läßt der PQLI den international (national, regional, grup-

penmäßig) vorhandenen Abstand jedoch überbrückbar erscheinen.

Dieser methodische Ansatz erlaubt also die Bestimmung von Zielen, die erreichbar sind; er vermittelt nicht das Bild eines "hoffnungslosen Wettlaufs", wie das beim BSP-Konzept - insbesondere für den Vergleich von Industrie- und Entwicklungsländern - der Fall ist. Er kann natürlich auch andere als die genannten drei Einzelindikatoren zur Grundlage haben; werden mehr als drei als notwendig erachtet, so steht man an der Grenze zu differenzierten methodischen Vorschlägen, auf die nun anhand von Beispielen einzugehen ist.

2. "INDEX DES LEBENSNIWEAUS"

Mit Unterstützung des UN Research Institute for Social Development (UNRISD) sind mehrere, methodisch anspruchsvolle Versuche in Richtung eines Systems von Indikatoren zur quantitativen Messung der Lebensqualität unternommen worden.

Jan Drewnowski und andere haben einen Level of Living Index (LLI) entwickelt, der den Grad der Bedürfnisbefriedigung in neun Lebensbereichen (Ernährung, Kleidung, Wohnung, Gesundheit, Bildung, Freizeit, Sicherheit, Soziale Umwelt, Natürliche Umwelt) anhand von insgesamt 27 Einzelindikatoren (kardinale und ordinale Indikatoren) messen soll. Um eine zusammenfassende Bewertung der Entwicklung des "Lebensniveaus" vornehmen zu können, wird auch bei diesem methodischen Ansatz ein Gesamtindex gebildet. Hierzu werden die beobachteten Ergebnisse in den genannten Bereichen des Indikatorsystems auf der Grundlage eines Rasters "kritischer Punkte" bewertet und gewichtet, im Sinne der Einbeziehung und des Verweises auf charakteristische Schwellenwerte der Bedürfnisbefriedigung (Grundbedürfnisse - höhere Bedürfnisse; Minimumstandards -

Sättigungsstandards). Wissenschaftlich näher begründete Schwellenwerte dieser Art sind bisher aber nur für wenige der genannten Bereiche konsenshaft vorhanden - der Bereich "Ernährung" gibt hier wohl das beste Beispiel. In den anderen Bereichen müssten sie durch legitimierte Normen ausgefüllt werden, die z.B. auf in der Gesellschaft (überwiegend) vertretenen Auffassungen über "Minimumstandards", "ausreichende Standards" und "Sättigungsstandards" der Bedürfnisbefriedigung beruhen.

Ein derartiges System von Indikatoren zur Messung des Lebensniveaus (der Wohlfahrt) kann nicht zeitlich fix bleiben: das relative Gewicht eines Bereichs von Bedürfnissen ändert sich für den Einzelnen und die Gesamtgesellschaft mit der zunehmenden Befriedigung (bzw. Nicht-Befriedigung) der jeweiligen Bedürfnisse. Drewnowski und andere schlagen dementsprechend eine gleitende Gewichtungsskala für die Bildung des Gesamtindex vor. Andere Autoren haben die Zahl der in die Betrachtung einzubeziehenden Lebensbereiche geändert und die Zahl der verwendeten Indikatoren erheblich erweitert.

3. "INDIKATOREN DER LEBENSQUALITÄT"

Grundsätzlich mehr-dimensional angelegt sind eine Reihe von methodischen Ansätzen zur Ermittlung der Lebensbedingungen der Bevölkerung mit Hilfe von Sozialindikatoren. Neben bereichsspezifischen Einzelbeiträgen (aus der Umweltforschung, der Konsum- und Freizeitforschung, der Arbeitsforschung, usw.) gibt es Gesamtbetrachtungen auf der Grundlage höchst umfangreicher Sozialindikatorsysteme, mit gelegentlich mehr als 200 Einzelindikatoren (vgl. z.B. die OECD-Studien).

Methodisch gesehen geht man dabei zumeist von einem umfassenden gesellschaftlichen Ziel und einem entsprechend weiten Untersuchungsbereich "Lebensqualität" aus, der

dann in einzelne Komponenten oder Zielbereiche eingeteilt wird, wobei der im engeren Sinne ökonomische Bereich nur einer von mehreren Bereichen ist. Im Detail werden dann einzelne Indikatoren (eine Reihe von Indikatoren) objektiver und/oder subjektiver Art ausgewählt (Selektionsprobleme), quantifiziert und gewichtet (Bewertungsprobleme). Sie können auf ihre Beziehung untereinander und mit dem traditionell ermittelten BSP untersucht werden - und auch in sozio-ökonomische Planungsmodelle einmünden.

Die Mehrzahl der bisher vorgelegten Indikatorensysteme zur Bestimmung von "Lebensqualität" gehen von einem solchen Komponentenschema (Zielbereiche) aus, das dann den Bezugsrahmen für eine mehr oder weniger große Zahl von Indikatoren bildet. Dementsprechend läßt die Aufstellung eines gesamtgesellschaftlichen Rechnungswesens anhand eines solchen Komponentenschemas mit zahlreichen Einzelindikatoren eine Vielzahl von Lösungen zu (Gewichtungs- und Bewertungsprobleme), solange kein Konsens über die Zahl der Komponenten und Indikatoren und ihre jeweilige Gewichtung gefunden ist.

Der (allerdings erst nach langen Diskussionen) stark vereinheitlichten volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR), die der Messung des "Wirtschaftswachstums" (Zunahme des BSP) dient, steht in Bezug auf die Messung der "Lebensqualität" also noch eine Vielfalt von Ansätzen für eine gesellschaftliche Gesamtrechnung (GGR) gegenüber.

Diese Vielfalt der Ansätze spiegelt in gewisser Weise auch die bisherige Offenheit des Begriffes "Lebensqualität" wider. Ein allgemeines und akzeptiertes Bezugssystem für die Bestimmung von "Lebensqualität" ist daher nach wie vor dringlich. Der Konsens über die einzubeziehenden Komponenten (Zielbereiche) scheint mir weit gediehen zu sein. Die konkrete Gewichtung der einzelnen Indikatoren und der Komponenten, wie auch die Frage des Grades der Zusammenfassung der Einzelergebnisse - so

wie beim "Wirtschaftswachstum" (BSP) nur eine einzige Ziffer für "Lebensqualität" (LQ)? - sind (und bleiben) dagegen kontrovers.

III. AUSBLICK

In diesem Beitrag konnte die grundsätzliche Frage, ob die Qualität des Wirtschaftens - der Produkte und Produktionsprozesse, der Investitionen und des Konsums - überhaupt quantitativ erfaßbar oder annäherungsweise erfaßbar ist, nicht voll beantwortet und das damit zusammenhängende methodische Problem nicht ausdiskutiert werden; dennoch möchte ich mit einer persönlichen Beurteilung der hier betrachteten methodischen Ansätze schließen.

Ich halte die Suche nach neuen Indikatoren der sozioökonomischen Entwicklung nicht für eine akademische Spielerei. Der Begriff "Qualitatives Wachstum" ist meines Erachtens hervorragend dazu geeignet, die Notwendigkeit bewußt(er) zu machen, daß es für die Bestimmung der wünschenswerten und der nicht wünschenswerten Entwicklung des individuellen wie des gesellschaftlichen Lebens ausdrücklicher, für den Einzelnen und für die Gesamtgesellschaft nachvollziehbarer Wertentscheidungen mehr-dimensionaler Art bedarf. Dieses normative Problem ist bei der vorherrschenden Fixierung auf das eher eindimensional bestimmte und nach wie vor dominante Ziel "Wirtschaftswachstum" (als quantitative Zunahme des unzureichend qualifizierten BSP) verdrängt, wenn auch nicht aufgehoben worden.

Solche Wertentscheidungen entstehen nicht außerhalb oder unabhängig von gesellschaftlichen Interessenlagen und Machtkonstellationen - und sie können auch nicht von der Wissenschaft verbindlich getroffen werden, obwohl ihr Beitrag dazu nicht unterschätzt werden sollte. (E.G.Dolan sagt hierzu sinngemäß: "Wenn den ökologisch interessier-

ten Ökonomen die Revision des einzel- und gesamtwirtschaftlichen Rechnungswesens gelänge, hätten sie ihre Aufgabe im wesentlichen bereits erfüllt"). Vielmehr ist der Prozeß der Wertbildung stets bezogen auf die konkrete Erfahrung und unterliegt insofern, geschichtlich gesehen, auch dem Wandel. Deshalb werden die Bestimmung des Begriffs und die Durchsetzung eines "Qualitativen Wachstums" immer auch ein Prozeß gesellschaftlicher Auseinandersetzung sein.

Damit wird zugleich die Notwendigkeit des gesellschaftlichen und politischen Lernens offenbar. Dieser Bedingung kann man wiederum, verständlicherweise, skeptisch gegenüberstehen. Ob die oben skizzierten methodischen Ansätze zur besseren, qualitativen Bestimmung der sozioökonomischen Entwicklung also auch genutzt werden, welche politischen und rechtlichen Möglichkeiten der Realisierung entsprechender Alternativen bestehen, ob das in der wirtschaftspolitischen Praxis vorherrschende quantitative Argumentieren mit der Wachstumsrate des Bruttosozialprodukts jedoch durch qualifiziertere Maßstäbe und Vorgehensweise der hier vorgestellten Art ergänzt bzw. überwunden werden kann, dies sind Fragen, deren endgültige Beantwortung bisher kaum möglich sein dürfte, weil sie eine breitere gesellschaftliche Diskussion über Qualität voraussetzen, die im eigentlichen Sinne wohl gerade erst begonnen hat.

AUSGEWÄHLTE LITERATUR ZUM THEMA

- Binswanger, H.C./
Geissberger, W./
Ginsburg, Th. (Hg.) Der NAWU-Report: Wege aus der Wohlstands-
falle. Strategien gegen Arbeits-
losigkeit, und Umweltkrise,
Frankfurt 1978
- Chenery, H.B. et al. Redistribution with Growth,
London 1974
- Dolan, E.G. The Economic Strategy for Environmen-
tal Crisis,
New York 1973
- Drewnowski, J. On Measuring and Planning the Quali-
ty of Life,
The Hague 1974
- Eppler, E. Wege aus der Gefahr,
Reinbek bei Hamburg 1981
- Galtung, J. Menschliche Bedürfnisse, in:
Sozialwissenschaften - wozu?, Maga-
zin Brennpunkte 8,
Frankfurt 1977
- Jänicke, M. Wie das Industriesystem von seinen
Mißständen profitiert,
Opladen 1979
- Jochimsen, R. Theorie der Infrastruktur,
Tübingen 1966
- Juster, F.Th. A Framework for the Measurement of
Economic and Social Performance, in:
M. Moss (Ed.): The Measurement of Eco-
nomic and Social Performance,
New York 1973
- Kapp, K.W. Soziale Kosten der Marktwirtschaft,
Neuaufgabe, Frankfurt 1979
- Küng, E. Die Qualität des Lebens als Ziel der
Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik,
in: Schweizerische Monatshefte, 54, 1974
- Lederer, K. (Ed.) Human Needs. A Contribution to the
Current Debate,
Cambridge, Königstein/Ts. 1980
- Leipert, C. Unzulänglichkeiten des Sozialprodukts
in seiner Eigenschaft als Wohlstandsmaß,
Tübingen 1975
- Morris, M.D. A Physical Quality of Life Index,
in: Urban Ecology, 3, 1978

- NWW Comittee Measuring Net National Welfare of
Japan,
Tokyo 1974
- Nordhaus,W./ Is Growth Obsolete?, in:
Tobin,J. M.Moss (Ed.), a.a.O.
- OECD Measuring Social Well-Being. A Pro-
gress Report on the Development of
Social Indicators,
Paris 1976
- Simonis,H./ Lebensqualität: Zielgewinnung und
Simonis,U.E. Zielbestimmung. Quality of Life:
Methods and Measurement,
Kiel 1976
- Simonis,U.E. (Hg.) Ökonomie und Ökologie. Auswege aus
einem Konflikt,
Karlsruhe 1980
- Walser,P. Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung.
Revision und Erweiterung,
Göttingen 1975
- Wenke,K.E./ Neuer Lebensstil - verzichten oder
Zilleßen,H. (Hg.) verändern? Auf der Suche nach Alter-
nativen für eine menschlichere Ge-
sellschaft,
Opladen 1978
- Zimmermann,K./ Ein Ansatz zur Konstruktion eines
Jennen,J. Umweltgesamtindicators. Entwicklungs-
möglichkeiten und Grenzen, in:
"Jahrbücher für Nationalökonomie und
Statistik", Bd.192, 1977, S.148ff.